

PRESSEMITTEILUNG

Gefahrgut darf Schnelsener „Deckel“ nach Fertigstellung passieren

egeb: Wirtschaftsförderung und Partner erzielen Teilerfolg bei der Einstufung eines wichtigen Streckenabschnitts der A7 durch Hamburg

Brunsbüttel/Hamburg, 17.01.2019 – Mitten durch Hamburgs Innenstadt, durch die Tunnel oder ganz außen herum – in der Diskussion über neue Verkehrswege für Gefahrguttransporte haben die egeb: Wirtschaftsförderung und ihre Partner jetzt einen Teilerfolg erzielt. Der neue Tunnel in Schnelsen an der Grenze zu Schleswig-Holstein ist in die Kategorie A eingestuft worden. Demnach dürfen auch LKW mit gefährlichen Gütern die A7 an dieser Stelle entlangfahren. „Diese Kategorisierung ist extrem wichtig für die Logistik der Industriebetriebe zum Beispiel in Brunsbüttel. Wir hoffen jetzt auf eine vergleichbare Einstufung des so genannten Deckels in Stellingen, damit die Fahrzeuge sicher und zügig durch Hamburg kommen“, berichtet egeb-Logistikexperte Roy Kühnast. Eine weitere Erleichterung wäre seiner Ansicht nach die Wiederaufnahme der Fährverbindung zwischen Brunsbüttel und Cuxhaven.

Tankwagen mit Chemikalien und andere Gefahrguttransporte müssen seit jeher zumindest tagsüber durch die Hamburger Innenstadt fahren, um über die Elbbrücken auf die südliche Seite der Elbe zu gelangen. Doch die Überdeckung von Teilen der A7 und die jahrelangen Bauarbeiten in der Hansestadt haben ein noch schwierigeres Szenario mit Routen heraufbeschworen, die zumindest erhebliche Zeitverzögerungen bedeuten würden. Damit würde sich nicht nur die Lieferzeit der Güter aus dem Norden verzögern, auch die Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer würde zu einem erheblichen Problem werden. „Der Industriestandort Westküste ist davon abhängig, dass auch Gefahrgüter wie zum Beispiel Chemikalien zeitgerecht beim Kunden ankommen. Andernfalls wäre das für nahezu alle entsprechenden Betriebe ein erheblicher Standortnachteil“, gibt egeb-Geschäftsführerin Martina Hummel-Manzau zu bedenken.

egeb: Wirtschaftsförderung.

Entwicklungsgesellschaft
Brunsbüttel mbH
Elbehafen
25541 Brunsbüttel

Aufsichtsratsvorsitzender:
Landrat Torsten Wendt

Geschäftsführer:
Martina Hummel-Manzau
Dr. Guido Austen

Gesellschafter:
Kreis Dithmarschen
Kreis Steinburg
Stadt Brunsbüttel

HRB 57 AG Meldorf
Sitz der Gesellschaft: Brunsbüttel
UST-Id-Nr. DE 134786915

Die egeb: Wirtschaftsförderung hatte daher bereits im Vorfeld der Fertigstellung der Autobahnabschnitte alle Akteure an einen Tisch geholt und auf die Problematik hingewiesen. Schließlich einigten sich das schleswig-holsteinische Verkehrsministerium, die Hamburger Innenbehörde sowie der Verband der Chemischen Industrie, die Industrie- und Handelskammern, der Unternehmensverband Logistik, einzelne Logistikbetriebe und auch dänische Partnerverbände auf eine zielgerichtete Vorgehensweise. Das Ergebnis der Sitzungen und Gesprächsrunden kann sich sehen lassen, denn die Gefahrguttransporte müssen nun nicht, wie befürchtet, die Hansestadt Hamburg weiträumig umfahren.

Roy Kühnast dankt allen Beteiligten, vor allem aber dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein, für die Unterstützung. In seiner Eigenschaft als Koordinator der Logistikinitiative Schleswig-Holstein hatte er Verkehrsminister Dr. Bernd Buchholz eingebunden und auch andere Akteure wie zum Beispiel Bundes- und Landtagsabgeordnete informiert.

Zusatzinfo

Die Einstufung der Straßenabschnitte erfolgt entsprechend der „Gefahrgutverordnung Straße, Eisenbahn und Binnenschifffahrt (GGVSEB), Paragraph 35 folgende. Die Ausführung der Verordnung ist als Ländersache deklariert. Im vorliegenden Fall ist also die Freie und Hansestadt Hamburg, insbesondere die Behörde für Inneres und Sport, zuständig.

Die egeb: Wirtschaftsförderung

Die egeb: Wirtschaftsförderung wird zu gleichen Anteilen von den Kreisen Dithmarschen und Steinburg sowie der Stadt Brunsbüttel getragen. Zu den Aufgaben der egeb gehören alle innovativen Tätigkeiten, die sich mit der Förderung der regionalen Wirtschaft im weitesten Sinne befassen, angefangen bei der Planung und Förderung von Neuansiedlungen bis zur Geschäftsführung von Unternehmen der öffentlichen Hand.